

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 18 – Situation der Werften

Dazu sagt der wirtschaftspolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Detlef Matthiessen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 141.09 / 27.03.2009**

## Maritime Verbundwirtschaft muss gestärkt werden

Zur Zukunft der maritimen Verbund-Wirtschaft und zur Zukunft der Schiffbauindustrie in Schleswig-Holstein haben wir schon oft im Landtag diskutiert. Es gibt die besondere industriepolitische Bedeutung des Schiffbaus und der maritimen Wirtschaft für Schleswig-Holstein.

Die aktuelle Situation ist wieder einmal bedrohlich und der Wechsel vom Schiffbauboom zur aktuellen Krise ist diesmal so schnell abgelaufen wie noch niemals zuvor.

Im Rahmen der Ergebnisse ihrer „Schiffbau-Umfrage 2008“ fordert die IG Metall Küste von den deutschen Werften und Schiffbau-Zulieferern weitere personalpolitische Anstrengungen und Investitionen in die Zukunft. Dies beinhaltet insbesondere eine Verjüngung der Belegschaften und verstärkte Anstrengungen in Forschung und Entwicklung. Außerdem forderte die Gewerkschaft verlässliche und stabile Zusagen der Banken zur Schiffsfinanzierung. Der deutsche Schiffbau kann seine Position als Europas Schiffbauer Nummer 1 behalten und im Wettbewerb mit Asien bestehen, dafür müssen aber die richtigen Weichen gestellt werden.

Die Finanzkrise darf keine lang andauernde Schiffbaukrise auslösen. Da hat die IG Metall völlig Recht.

Die Wirtschaftskrise hat unmittelbar zu einem rapiden Rückgang bei den Schiffstransporten geführt und das weltweit. Es wird von über 400 Schiffen gesprochen, die aus dem Verkehr gezogen sind, weil es keine Ladung für sie gibt oder die Charterraten die Kosten nicht decken.

In den Boomzeiten haben die Reeder klotzig verdient. Selbst noch nicht im Bau befindliche Schiffe wurden mit Aufpreis weiter veräußert. Diese Gelddruckmaschine stockt jetzt, Aufträge werden storniert, das hören wir aktuell bei HDW und Lindenau, weniger offenbar bei der Flensburger Werft.

Es darf bei HDW keinen Ausstieg aus dem zivilen Schiffbau geben, ein einseitiges Setzen auf den Militärschiffbau engt die Flexibilität ein und kann auf Dauer die Arbeitsplätze nicht sichern.

Warum kann HDW nicht in das Geschäft mit der Offshore-Windenergie einsteigen, als Systemanbieter? Eine Groß-Werft ist dafür prädestiniert und sie kann alle Aspekte abarbeiten, vom Transport über die Verankerung im Meeresboden bis zur Aufstellung der Wind-Energie-Giganten.

Die Maritime Verbundwirtschaft an der Küste hat Zukunft und das Verkehrsmittel Schiff ist ein umweltverträgliches System mit großen Chancen für weitere Verbesserungen. Ich denke da an die Doppelhüllentanker, an Katalysatorentechnik für Abgasminderung, an Windantriebe wie das Skysail oder der Flettner-Rotor und an die Nutzung von Brennstoffzellen. Es muss Fortschritte bei Energieverbrauch und Emissionen geben, auch wenn der Schiffsverkehr aus seiner Natur heraus Vorteile im Vergleich mit anderen Transportmitteln hat. Nicht umsonst werden 90 Prozent des weltweiten Transportes über Schiffe abgewickelt.

Wir setzen uns ein für emissionsabhängige Hafengebühren in den Nord- und Ostseehäfen, möglichst EU-weit. Schweden und Norwegen haben es uns vorgemacht, dass auch nationale Alleingänge Sinn machen.

Wir Grüne unterstützen mit Nachdruck eine Verkehrsverlagerung vom „Road to Sea“. Dieser Slogan, der von der EU-Kommission, der Bundesregierung und auch der Landesregierung als verkehrspolitisches Ziel anvisiert wird, muss sich aber auch in der praktischen Politik niederschlagen.

Die Stärkung der Häfen, ihrer Hinterlandanbindungen mit der Schiene, der Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals und die Entwicklung des Nord-Ostsee-Kanal gehören dazu. Hier hapert es an Konsequenz, wenn man sich die „Hurra-Äußerungen“ von CDU, SPD und FDP zur Fehmarnbelt-Querung anschaut. Es ist unsere Aufgabe, die maritime Verbundwirtschaft zu stärken und ihnen nicht im Gegenteil, die manchmal schwachen Beine weg zu schlagen. Eine feste Querung des Fehmarnbelt schadet der Schifffahrt und den Häfen in Schleswig-Holstein. Hier könnte die Landesregierung Flagge zeigen für die maritime Verbundwirtschaft. Sie macht aber genau das Gegenteil und setzt auf die absurde Verkehrsverlagerung „from sea to road“. Man fasst sich an den Kopf!!

\*\*\*